



Ja zu höheren Löhnen und Zulagen – NEIN zu Arbeitsbedingung und Lohnstrukturen, die ins Burnout führen

Der BochumerBund sieht Forderungen nach steuerfrei vergüteten Überstunden kritisch. Der Fraktionsvorsitzende der thüringer CDU-Landtagsfraktion Mario Voigt fordert Überstunden von beruflich Pflegenden steuerfrei zu vergüten. Was zunächst gut klingt, birgt aber auch Gefahren und kann Versäumnisse in den Gehaltsstrukturen der Vergangenheit nicht kaschieren. Es ist zu begrüßen, dass auf politischer Ebene das Problem von zu geringem Verdienst für beruflich Pflegende adressiert wird, jedoch schafft eine solche Regelung falsche Anreize: Werden Überstunden übermäßig „attraktiv“, führt dies zu einer noch höheren Arbeitsbelastung, die beruflich Pflegenden mittel- bis langfristig ins Burnout treiben können. Notlagen von Pflegeheimen können nicht akut durch noch massivere Überstunden gelindert werden. Bereits jetzt gehen viele Pflegefachpersonen zugunsten von Pflegeempfänger:innen über ihre persönlichen Grenzen, was langfristig zu erneuten Personalausfällen führt. Die nachhaltige Lösung sind angemessene Löhne und nicht-krankmachende Arbeitsbedingungen.

Bundesvorsitzender Marcus Jogerst-Ratzka dazu: „Beruflich Pflegende brauchen endlich einen angemessenen Lohn und vernünftige Arbeitsbedingungen und keine Almosen, die falsche Anreize setzen und im Burnout münden können.“

Der einzige Weg aus einem Teufelskreis von Personalmangel und Überstunden ist ein angemessenes Grundgehalt. Deshalb fordert der BochumerBund ein Einstiegsgehalt von 4.500€ brutto für dreijährig examinierte Pflegefachpersonen. „Bei zukünftigen Tarifverhandlungen dürfen die Interessen unserer Berufsgruppe nicht gegen die Interessen anderer Berufsgruppen verrechnet werden. Der einzige Weg dahin ist eine eigenständige Spartengewerkschaft“, so die Bundesvorsitzende des BochumerBund, Selina Mooswald.

Um der massiven Mehrbelastung Rechnung zu tragen, könnten bereits geleistete Überstunden, welche nicht mehr abgebaut werden können, kurzfristig auf Wunsch steuerfrei ausbezahlt werden. Der BochumerBund lehnt jedoch ab, dass dieses

Instrument auch zukünftig Anwendung findet und so zusätzlich falsche Anreize zur Überlastung bietet.